



Fortschritt wagen!

Bilanz nach einem Jahr Ampel-Koalition: Es ist wieder mehr Aufbruchstimmung und vor allem mehr Wagemut nötig, fordert BDD-Präsident Uwe Goebel zum Jahresende.

Vor rund einem Jahr ist die Ampel-Koalition angetreten, um mehr Fortschritt zu wagen – so steht es über dem Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grünen und FDP. Die neue Regierung war in Aufbruchstimmung – getragen von dem gemeinsamen Ziel, unser Land zu modernisieren und erfolgreich

in eine klimaneutrale und digitale Zukunft zu führen. Und auch bei uns in den Unternehmen machte sich Zuversicht breit, nach den zähen Monaten der Pandemie allmählich wieder durchstarten zu können.

Am 24. Februar wurde diese Zuversicht jäh zunichte gemacht. Der Krieg ist auch für die Dienstleistungsbranche ein Schock, nach der Pandemie der zweite in unmittelbarer Abfolge. Deshalb ist es richtig, dass die

Bundesregierung mit ihren Entlastungs- und Unterstützungsmaßnahmen sowohl die Verbraucher als auch die Unternehmen adressiert. Wir hoffen sehr, dass Gas- und Strompreisebremse nun rasch praxistauglich und wirksam umgesetzt werden. Das gleiche gilt für die Härtefallhilfen.

Mir ist hierbei jedoch extrem wichtig: Bei den von uns geforderten Hilfen geht es ausdrücklich nicht darum, den notwendigen Strukturwandel, der auch unsere Branche voll erfasst hat, hinauszuzögern oder mit öffentlichem Geld zuzuschütten. Was mit aller Kraft verhindern müssen, sind wirtschaftliche Strukturbrüche, die die gesunde Substanz unserer Unternehmen unwiederbringlich zerstören. Mit den im Vergleich höchsten Energiepreisen in Europa, Asien und den USA verlieren wir unsere industrielle Wettbewerbsfähigkeit mit fatalen Folgen für Dienstleistungsunternehmen. In den letzten Monaten haben deutsche Direktinvestitionen in den USA Höchststände erreicht, Arbeitsplätze werden also künftig nicht in Deutschland geschaffen.

Digitalisierung, Dekarbonisierung und Demografie – die großen Zukunftsaufgaben jetzt zu vernachlässigen, wäre grundfalsch. Deshalb brauchen wir sowohl in der Klima- und Energiepolitik als auch in der gesamten digitalen Transformation nun kluges politisches Handeln – nicht, obwohl wir eine Krise zu bewältigen haben, sondern gerade weil die Herausforderungen nur aus einer Position wirtschaftlicher Stärke heraus zu stemmen sind. Mehr Fortschritt zu wagen, bleibt also richtig – ebenso wie es richtig bleibt, auf den freien Wettbewerb zu vertrauen. Denn auch wenn die Krisenlage temporär nach verstärkter staatlicher Steuerung verlangt, dürfen wir unseren ordnungspolitischen Kompass nicht über Bord werfen.

Uwe Goebel, BDD-Präsident
info@bdd-online.de

INHALT

- 01_Editorial: 1 Jahr Ampel
- 02_Titelthema: Konjunktur/
Energiekrise
- 05_Fakten und Studien
- 06_Geschäftslage
- 07_Kaufkraft
- 08_Recht: neue Urteile
- 09_Aus den Regionen
- 10_Konsumbarometer/News



„Wir Dienstleister schauen nach vorne. Wer nicht Optimist ist, ist in unserer Branche fehl am Platz.“

Uwe Goebel, BDD

Unterstützung nötig

Inflation, hohe Energiekosten und sparende Verbraucher. Gerade die mittelständische Wirtschaft steht von allen Seiten unter Druck. Eine Analyse der Creditreform zeigt die Kernprobleme.



„Pulverdampf“ über dem Mittelstand: Mit diesen Worten schlägt die Creditreform Alarm für die mittelständische Wirtschaft, vor allem für Dienstleister und Handel. Angesichts der stark gestiegenen Energiepreise habe sich die Stimmungslage im deutschen Mittelstand deutlich verschlechtert, analysieren die Experten. Die aktuelle Herbstumfrage der Creditreform Wirtschaftsforschung zeigt einen markanten Rückgang des Geschäftsklimaindex (CGK) von plus 25,2 Punkten im Vorjahr auf aktuell nur noch plus 3,1 Punkte. Der Einbruch war ähnlich stark wie im Corona-Jahr 2020. Die Berechnung des Creditreform Geschäftsklimaindex basiert auf einer Befragung von gut 1.200 kleinen und mittleren Unternehmen. „Der Mittelstand befindet sich seit fast drei Jahren in einer Ausnahmesituation bisher ungekannten Ausmaßes. Die Wirtschaft leidet massiv unter dem Energiepreisschock und der Verteuerung anderer Rohstoffe. Die Eskalationsspirale in Osteuropa

„Der Mittelstand befindet sich seit fast drei Jahren in einer Ausnahmesituation bisher ungekannten Ausmaßes.“

Patrik-Ludwig Hantzsch, Creditreform Wirtschaftsforschung

verhindert die notwendige Erholung der deutschen Unternehmen nach der Corona-Zeit“, sagt Patrik-Ludwig Hantzsch, Leiter der Creditreform Wirtschaftsforschung. „Die Konjunktur-entwicklung Deutschlands wird unmittelbar durch den Krieg und dessen Auswirkungen mitbestimmt. Wirtschaftspolitische Stützungsmaßnahmen sollten trotzdem nicht nur die Liquidität der Betriebe in den Blick nehmen, sondern vor allem die Rentabilität, um mittelfristig den Krisenmodus zu durchbrechen“, so Hantzsch weiter.

Mittelständische Unternehmen müssen derzeit mit spitzem Bleistift rechnen.

Die Auftrags- und Umsatzlage im Mittelstand zeigt bereits unverkennbar Krisenanzeichen. Dabei ist der Energienotstand noch keineswegs vollumfänglich auf die Geschäftslage der Unternehmen durchgeschlagen. So meldete noch einmal gut ein Drittel der Befragten (34,1 Prozent) ein Umsatzplus. Im Vorjahr war dieser Anteil gleichwohl höher gewesen (42,5 Prozent). Schon 21,0 Prozent der befragten Unternehmen verzeichneten Umsatzeinbußen (Vorjahr: 12,6 Prozent). Bei den Auftragseingängen war die Verschlechterung der Konjunktur deutlicher erkennbar: Nur 23,6 Prozent der Befragten verbuchten steigende Auftragsbestände (Vorjahr: 38,2 Prozent) und jeder Vierte (25,2 Prozent) meldete einen Rückgang (Vorjahr: 12,0 Prozent).

Positiv dagegen: Trotz der schlechteren Rahmenbedingungen ist die Beschäftigung im Mittelstand noch gestiegen. Die Einstellungsbereitschaft war aber geringer als im Herbst 2021. 20,1 Prozent der Befragten haben den Personalbestand erhöht (Vorjahr: 27,1 Prozent), während bei 12,6 Prozent der Unternehmen die Zahl der Mitarbeiter zurückgegangen ist.

Noch stärker als die Lageeinschätzungen haben sich die Geschäftserwartungen im Mittelstand verschlechtert. Vielfach blicken die befragten Unternehmen pessimistisch in die Zukunft. Nur noch jeder Siebte (14,7 Prozent) rechnet mit steigenden Auftragseingängen (Vorjahr: 28,9 Prozent). Mehr als jeder vierte Befragte

(26,0 Prozent) erwartet in den nächsten Monaten weniger Aufträge. Auch bei den Umsatzerwartungen hat sich der Anteil der Pessimisten vergrößert. 25,2 Prozent der Befragten rechnen mit weniger Umsatz. Das ist ein spürbar höherer Anteil als im Vorjahr (9,1 Prozent). Auch wenn 26,0 Prozent der Befragten steigende Umsätze erwarten, so dürfte das vorrangig in den Preissteigerungen infolge der Inflation begründet liegen. Die Investitionsbereitschaft ist ebenfalls zurückgegangen. Nachdem im Vorjahr noch 51,6 Prozent der Befragten ein Investitionsvorhaben planten, ist dieser Anteil auf 46,2 Prozent gefallen. Personaleinstellungen planen 20,6

Prozent (Vorjahr: 28,3). Jedes zehnte Unternehmen will Personal abbauen.

Ertragslage erneut im Krisenmodus: Deutlich negativer als im Vorjahr stellt sich die Ertragslage im Mittelstand dar. Aktuell verhagelt die Energiekrise den Unternehmen die Ertragsbilanz. So meldete jedes dritte Unternehmen (32,5 Prozent) einen Rückgang der Erträge (Vorjahr: 19,4 Prozent). Eine Verbesserung der Ertragslage verbuchten lediglich 19,2 Prozent der Befragten. In den kommenden Monaten droht eine weitere Verschlechterung, denn 33,7 Prozent der Befragten rechnen mit Ertragseinbußen (Vorjahr: 13,5 Prozent).

Energiekrise wichtigstes Thema: Das Hauptthema des Jahres 2022 für den Mittelstand sind die Energiepreise. Gegenüber dem Frühjahr hat sich die Wahrnehmung der Unternehmen noch stärker auf das Energiethema verlagert – von 3,2 auf 80,6 Prozent der Befragten. Auch der Krieg in der Ukraine beschäftigt die Unternehmen weitaus stärker als im Frühjahr (32,5 Prozent; Frühjahr 2022: 4,0 Prozent). An zweiter Stelle der wichtigsten Themen steht die Inflationsrate (73,0 Prozent). Weiterhin im Fokus stehen noch der Fachkräftemangel (63,2 Prozent) und die Lieferschwierigkeiten (62,5 Prozent).

Kreditzugang schwierig

Einen Kredit zu bekommen, ist für den Mittelstand im dritten Quartal deutlich schwieriger geworden, meldet die KfW.

Die Zahl ist alarmierend: 27,9 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen spüren restriktives Bankenverhalten, meldet die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Der Kreditzugang für Großunternehmen entspannte sich dagegen, so die Bankexperten. Insgesamt aber habe sich die Kreditnachfrage insgesamt nur wenig verändert.

Im dritten Quartal ist die KfW-ifo-Kredithürde für kleine und mittlere Unternehmen steil angestiegen. Knapp ein Drittel der befragten Mittelständler, die sich in Kreditverhandlungen befanden, stufen das Verhalten der Banken als restriktiv ein. Das sind 7,1 Prozentpunkte mehr als im Vorquartal. Die Kredithürde für den Mittelstand hat damit ein neues Rekordhoch seit Einführung der aktuellen Befragungsmethodik im Jahr 2017 erreicht.

Über Schwierigkeiten beim Kreditzugang klagten die Dienstleistungsanbieter am häufigsten (33,2 Prozent), gefolgt vom Verarbeitenden Ge-

werbe (27,7 Prozent). Mit etwas Abstand folgen die weiteren Wirtschaftsbereiche Bauhauptgewerbe (18,3 Prozent), Großhandel (17,3 Prozent) und Einzelhandel (17,2 Prozent). „Angesichts der drohenden Rezession, der massiven Energieverteuerung und steigender Zinsen war mit mehr Vorsicht seitens der Banken und einer Eintrübung der Finanzierungsbedingungen zu rechnen“, sagt Dr. Fritzi Köhler-Geib, Chefvolkswirtin der KfW. „Daher überrascht es, dass sich im Gegensatz zu Mittelstand die Situation bei den Großunternehmen zum zweiten Mal in

„Angesichts der drohenden Rezession, der massiven Energieverteuerung und steigender Zinsen war mit mehr Vorsicht seitens der Banken und einer Eintrübung der Finanzierungsbedingungen zu rechnen.“

Dr. Fritzi Köhler-Geib, KfW

Folge entspannt. Damit weitet sich der traditionelle Vorteil der großen Unternehmen beim Finanzierungszugang deutlich aus.“

In beiden Größenklassen bleibt der Anteil der Unternehmen, die überhaupt mit Banken Kreditverhandlungen führten, unter dem längerfristigen Durchschnitt: 20,3 Prozent der Mittelständler, 29,9 Prozent der Großunternehmen fragten Finanzierungen nach. Dies ist mit Blick auf das außerordentlich starke Wachstum des Kreditgeschäfts deutscher Banken in diesem Jahr bisher einzuordnen. So stieg das Volumen ausstehender Kredite an heimische nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften im August um rund 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. „Eine mögliche Erklärung für diese Diskrepanz ist, dass zurzeit hohe Finanzierungsbedarfe für Betriebsmittel und Lagerhaltung in Folge der massiven Verteuerung von Energie und der anhaltenden Lieferengpässe entstehen, die Unternehmen aber gleichzeitig wegen der hohen Unsicherheit bei Investitionen zurückhaltend sind“, erklärt Köhler-Geib. „Um solche Liquiditätslücken zu schließen, könnten die Unternehmen zunächst überwiegend auf bestehende Kreditlinien zurückgreifen, die keiner Neuverhandlung bedürfen.“

Energiepreise und die Folgen

Der BDD-Unternehmerabend in Osnabrück stand im Zeichen der aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen von hohen Energiekosten, möglichen Entlastungen und Einsparpotenzialen.



Im Austausch: Marcus Bergmann, Leiter Energieeinkauf Stadtwerke, Prof. Reckzügel, Hochschule Osnabrück, Mechthild Möllenkamp, HDV-Präsidentin, Stefan Genth und Uwe Goebel (BDD, B. o. v. I.) diskutieren mit den Gästen die aktuelle Energie-Misere für viele mittelständische Unternehmen.



Beim BDD- Unternehmerabend im Steinwerk Osnabrück trafen sich Mitte Oktober 2022 über 40 Händler und Dienstleister, um sich nach einem Impulsvortrag von Prof. Dr. Matthias Reckzügel über die Energieversorgung, die Energiepreise und die Folgen für den Mittelstand auszutauschen. „Energiepreisschock bewältigen – Energieeffizienz steigern“, so der Titel des Abends. Uwe Goebel, Präsident des BDD-Bundesverbandes (Bild rechts, m.), begrüßte die Teilnehmer und zitierte die Ergebnisse einer aktuellen Studie der IHK, wonach sich ein Drittel der mittelständischen Unternehmen insol-

venzgefährdet sehen angesichts der momentanen Lage betreffend die Energieversorgung. Seine Hauptforderung nach Nutzung aller Energiearten inklusive der Kernenergie wurde von allen Seiten unterstützt.

Prof. Reckzügel lieferte mit seinen Erläuterungen und Einordnungen zu den einzelnen Energiearten genug Diskussionsstoff für die anschließende, von Stefan Genth (Bild rechts, unten) geleitete Podiumsrunde. Mechthild Möllenkamp betonte, dass jeder Unternehmer aus Eigeninteresse seine Einsparpotenziale bereits gehoben habe.



Soziales wird wichtiger

1997 vs. 2022: Deutsche legen mehr Wert auf soziale Werte, Bildung und Freizeit, hat die GfK ermittelt. Auch die Umwelt zählt für die Menschen deutlich mehr.

Seit 25 Jahren befragt GfK Konsumenten in Deutschland und der Welt zu ihren Werten, Einstellungen, Sorgen und Verhaltensweisen. Ein aktueller Vergleich zeigt, wie sehr sich die Verbraucher seit 1997 verändert haben.

Klimakrise, Inflation und steigende Energiekosten – Deutschland befindet sich im Krisenmodus. Doch was machen diese Krisen mit den Menschen? Wie verändern sich ihre Werte und Einstellungen – jetzt und im letzten Vierteljahrhundert? Die Ergebnisse der langjährigen GfK Consumer Life Studie zeigen, welche Werte für die Deutschen die meiste Bedeutung gewonnen haben: Bescheidenheit beziehungsweise sich selbst zurückstellen (16 Ränge), Chancengleichheit und soziale Toleranz (jeweils 11 Ränge), Wissen (10 Ränge), Neugier, Freizeit sowie Hilfsbereitschaft (jeweils 9 Ränge). Auch der Schutz der Umwelt ist wichtiger geworden und liegt inzwischen auf Platz 10 der wichtigsten Werte.

Am stärksten rückläufig ist dagegen der Respekt gegenüber den Vorfahren, das Streben nach einem guten Aussehen oder Spaß haben (jeweils 11 Ränge). Auch materielle Sicherheit und

„**Unter dem Einfluss des steigenden Wohlstands in den letzten Jahren haben wir uns zunehmend in Richtung einer postmateriellen Gesellschaft entwickelt.**“

Petra Süptitz, GfK

Status verlieren an Bedeutung. „Diese Veränderungen zeigen eine klare Verschiebung unseres Wertesystems“, erklärt Petra Süptitz, Expertin für Konsumententrends bei GfK. „Unter dem Einfluss des steigenden Wohlstands in den letzten Jahren haben wir uns zunehmend in Richtung einer postmateriellen Gesellschaft entwickelt.“ Bemerkenswert sind dabei auch die Aspekte, die sich nicht verändert haben: Der Schutz der Familie war bereits 1997 der wichtigste Wert der Deutschen und ist es auch heute noch. Auch Ehrlichkeit rangiert nach wie vor unter den fünf wichtigsten Werten.

Höhere Ansprüche an die eigene Lebensgestaltung: Neben dem gesellschaftlichen Wohlstand hat auch die verfügbare Freizeit in den letzten

Jahren zugenommen. Dadurch entwickelten die Deutschen höhere Ansprüche an die eigene Lebensgestaltung und die Nutzung ihrer freien Zeit: kulturelle Bereicherung, Abenteuer und Kreativität wurden wichtiger. Die entscheidenden Punkte haben sich dagegen nicht bewegt: Auf den Plätzen eins bis drei liegen „Entspannung“, „Zeit für die Familie“ und „Spaß haben“ - seit einem Vierteljahrhundert.

Die Sorgen der Konsumenten haben sich massiv verändert. 1997 haben sich die Deutschen am stärksten vor Arbeitslosigkeit und Rezession gefürchtet. 2022 belegt dieser Punkt nur noch Platz 9. Stattdessen beeinflusst die aktuelle wirtschaftliche Lage nun die Sorgen der Deutschen. Die Furcht vor Inflation und zu hohen Preisen belegt Platz 1, gefolgt von der Angst, die Rechnungen nicht mehr zahlen zu können. Die Sorge um die Umwelt war bereits 1997 ein Thema (Rang 4) und ist seitdem wichtiger geworden (Rang 3).

Wandelnde Werte als Herausforderung für Unternehmen: Die Werte, Einstellungen, Sorgen und damit auch Verhaltensweisen der Konsumenten befinden sich fortlaufend im Wandel und werden von gesellschaftlichen Veränderungen nachhaltig beeinflusst. „Unternehmen und Marken müssen die aktuellen Entwicklungen verstehen, um erfolgreich durch die aktuellen Krisen navigieren zu können“, empfiehlt Petra Süptitz. „Insbesondere persönliche Werte steuern das Verhalten der Konsumenten auf einer unbewussten, emotionalen Ebene, die gesellschaftliche Kräfte oft überlagert. Nur wenn Marken diese gesellschaftlichen Werteveränderungen verstehen, können sie lebenslange krisenfeste Bindungen zu ihren Zielgruppen aufbauen.“

Zur Studie

GfK Consumer Life ist die umfassendste und längste Konsumenten-Trendstudie der Welt. Sie deckt die **26 wichtigsten nationalen Märkte** auf allen Kontinenten ab und wird jährlich durchgeführt. Dieses Jahr feiert die Studie ihr **25-jähriges Jubiläum**. Sie erhebt Daten zur **Demographie, Lebenseinstellungen,**

Konsumentenstimmung, Freizeitgestaltung, digitalen Medien und Umwelt. Ermittelt werden dabei **konsumrelevante Einstellungen und Verhalten in den Bereichen Geld und Finanzen, Lebensmittel und Getränke, Gesundheit und Wellness, Mobilität, Technologie und Gaming.**

Familienbetriebe vorn

Die Herausforderungen für kleine, familiengeführte Geschäftsbetriebe sind groß. Dennoch ist diese Betriebsform europaweit ungebrochen beliebt – und unterschiedlich aufgestellt.

Der Finanztechnologie-Anbieter SumUp hat die Situation familienbetriebener Kleinunternehmer in Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien und der Schweiz in einer Umfrage genauer unter die Lupe genommen. Demnach sind die größten Herausforderungen deutscher familiengeführter Klein- und Kleinstunternehmen:

1. **Fachkräftemangel**
2. **Kunden konsumieren aufgrund der Pandemie weniger**
3. **Zukunftsangst**
4. **Zu wenig Kunden**
5. **Lieferprobleme / Mangel an notwendigen Produkten**
6. **Probleme bei der Digitalisierung**
7. **Finanzielle Probleme**
8. **Arbeitnehmer zu halten**

Qualifiziertes Personal zu finden und zu halten ist für in Deutschland angesiedelte familiengeführte Klein- und Kleinstunternehmen das größte Problem. Jeder dritte Befragte (34 Prozent) hat große Probleme, qualifiziertes Personal zu finden. 8 Prozent ergänzen

„Qualifiziertes Personal zu halten, ist für italienische Familienbetriebe sogar überhaupt kein Problem.“

aus der SumUp-Umfrage, August 2022

ten zudem, dass es auch schwierig ist, attraktive Bedingungen zu schaffen, um Arbeitskräfte zu halten. Lediglich die in der Schweiz angesiedelten Unternehmen haben ähnliche Probleme: 20 Prozent der befragten familiengeführten Kleinunternehmer aus der Schweiz finden Fachpersonal nur schwer. 15 Prozent der Schweizer sind zudem ebenfalls mit der Herausforderung konfrontiert, die Angestellten im Betrieb zu halten. Ganz anders sieht es da in anderen europäischen Ländern aus: Frankreich, Großbritannien und auch Italien kennen diese Probleme kaum und stufen sie somit nicht so hoch ein wie die deutschen Befragten. Nur 12 Prozent der Franzosen sehen

den Fachkräftemangel als Herausforderung für den Geschäftsbetrieb an. Bei Gewerbetreibenden in Großbritannien sind es nur 8 Prozent und in Italien sogar nur 3 Prozent der befragten familienbetriebenen Kleinunternehmer. Qualifiziertes Personal zu halten, ist für italienische Familienbetriebe sogar überhaupt kein Problem.

Dafür haben die Deutschen weniger finanzielle Sorgen als die restlichen europäischen Unternehmer. Während in Deutschland nur jeder Zehnte und in der Schweiz sogar nur fünf Prozent der teilnehmenden kleinen Gewerbetreibenden mit finanziellen Sorgen kämpfen, sind es in Großbritannien wie auch in Frankreich jeweils 28 Prozent, in Italien 26 Prozent. Neben den finanziellen Sorgen plagen 65 Prozent der italienischen und 53 Prozent der britischen familiengeführten Kleinunternehmen zusätzlich auch Zukunftsprobleme. Im Vergleich dazu haben hierzulande nur 38 Prozent der familiengeführten Kleinunternehmen diese Sorge.

Bei der Digitalisierung im Mittelfeld: Der EU-Vergleich zeigt, dass deutsche familienbetriebene Kleinunternehmen bei der Digitalisierung gut aufgestellt sind. So liegen sie bei der Nutzung von digitalen Zahlungstools im Mittelfeld. Neben den klassischen Bezahlmöglichkeiten wie Kredit- oder EC-Karte ist Deutschland auch beim mobilen Bezahlen mit dem Smartphone (zum Beispiel Google oder Apple Pay) mit 32 Prozent gut aufgestellt. Deutlich präsenter ist das Angebot hingegen mit 40 Prozent in Großbritannien. Einzig der Zahlungslink toppt dies noch – 44 Prozent der befragten Händler in UK bieten ihren Kunden diese Zahlungsmöglichkeit an. In der Schweiz setzt jeder zweite befragte Händler (50 Prozent) auf QR-Codes.

Über SumUp

SumUp ist ein führendes globales Finanztechnologie-Unternehmen, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Wettbewerbsbedingungen für kleine Händler zu verbessern. 2012 gegründet, hilft SumUp als Partner für Finanzen mehr als 4 Millionen Klein- und Kleinstunternehmen in 35 Märkten weltweit, ihr Unternehmen auf- und auszubauen.

Über die Super-App bietet SumUp Händlern ein kostenloses Geschäftskonto und die kostenlose

SumUp Card, eine Onlineshop-Lösung und Rechnungsstellung sowie Vor-Ort- und Remote-Zahlungslösungen, die nahtlos in die SumUp-eigenen Kartenterminals und die Kassensysteme integriert sind.

SumUp ist bestrebt, seinen Erfolg zu nutzen, und hat sich daher verpflichtet, 1 Prozent des Umsatzes zur Unterstützung von Umwelt-, Bildungs- und unternehmerischen Projekten zu spenden.

Mittelstädte sind attraktiv

Belebte Innenstädte sind optimale Anziehungsfelder für Dienstleister und Handel. Die GfK-Studie zur Einzelhandelszentralität 2022 zeigt die attraktivsten deutschen Standorte.

Die Deutschen haben 2022 im Durchschnitt 6.531 Euro pro Kopf für Ausgaben im Einzelhandel zur Verfügung. Allerdings wird häufig nicht am eigenen Wohnort eingekauft, weshalb Standorte mit einem starken Handels- und Dienstleistungsangebot von weite-rem Kaufkraftzufluss profitieren. Vor allem viele deutsche Mittelstädte haben eine starke Anziehungskraft auf ihr Umland und generieren einen überdurchschnittlichen Einzelhandelsumsatz. Damit stellen sie attraktive Einzelhandelsstandorte dar, so die GfK-Studie zur Einzelhandelszentralität.

Die Studie zeigt, welche Regionen dank Kaufkraftzuflüssen von überdurchschnittlichen stationären Einzelhandelsumsätzen profitieren und wo stattdessen Kaufkraftabflüsse zu verzeichnen sind. Ein Vergleich der Einzelhandelskaufkraft mit den regionalen Einzelhandelsumsätzen ergibt dabei

„**Durch das Home-Office pendeln weniger Menschen in die großen Innenstädte und kaufen vermehrt in ihrem Wohnumfeld außerhalb der Großstädte ein.**“

Filip Vojtech, GfK

die Kennziffer Einzelhandelszentralität, die die Anziehungskraft des regionalen Einzelhandels misst. Werte über 100 stehen für einen Kaufkraftzufluss, Werte unter 100 für einen Kaufkraftabfluss. So stehen 2022 insgesamt 181 deutsche Kreise mit Kaufkraftzufluss 219 Kreisen mit Kaufkraftabfluss entgegen.

Zweibrücken ist laut Studie mit Abstand attraktivster Einzelhandelsstandort (siehe Grafik). Von den Kreisen in den Top 10 liegen insgesamt

sechs in Bayern und vier in Rheinland-Pfalz. Dabei stellen Städte wie Passau und Straubing Versorgungszentren für das ländlich geprägte Umfeld dar, wo das Einzelhandels- und Dienstleistungsangebot weniger ausgeprägt ist. Sie haben bei mittlerer Einwohnergröße ein großes Einzugsgebiet mit hohem Nachfragepotenzial, was dann meist dazu führt, dass die vorhandene Kaufkraft in die nahegelegene Stadt fließt. Diese Anziehungskraft von Mittelstädten auf ihr Umland wird auch beim letztplatzierten Kreis des Zentralitätsrankings deutlich. Mit einer Einzelhandelszentralität von 63,0 bildet der Landkreis Kaiserslautern das Schlusslicht unter allen 400 deutschen Stadt- und Landkreisen, während der Stadtkreis Kaiserslautern bundesweit den vierten Platz belegt. Deutsche Großstädte sind im vorderen Feld hingegen keine zu finden: So liegt beispielsweise Hamburg mit einer Einzelhandelszentralität von 106,6 auf Rang 123, während die Hauptstadt Berlin mit einem Wert von 103,8 auf Rang 151 liegt. „Die Daten zur Einzelhandelszentralität zeigen, dass die Attraktivität von Großstädten als Shoppingdestinationen in den letzten Jahren immer mehr abnimmt“, so Filip Vojtech (GfK).

KENNEN SIE ZWEIRÜCKEN UND STRAUBING?

Top 10 Kreise - GfK Einzelhandelszentralität 2022

Rang	Stadt- oder Landkreis	Einwohner	Einzelhandelskaufkraft 2022 Index*	Einzelhandelszentralität 2022**
1	SK Zweibrücken	34.001	91,7	212,6
2	SK Passau	52.415	99,0	189,7
3	SK Straubing	47.612	99,4	188,7
4	SK Kaiserslautern	99.662	88,8	187,5
5	SK Würzburg	126.954	103,1	182,1
6	SK Trier	110.674	90,0	181,7
7	SK Schweinfurt	53.319	96,9	179,8
8	SK Koblenz	113.388	94,4	178,5
9	SK Hof	45.173	92,7	168,6
10	SK Weiden i. d. OPf.	42.535	97,9	165,5

*Index je Einwohner (100 = Landesdurchschnitt)

**Zentralität 100 = Zufluss und Abfluss von Kaufkraft halten sich die Waage

Quelle GfK Einzelhandelszentralität Deutschland 2022



Aufgepasst: Neue Urteile

Kündigung bei falschem Impfausweis # Datenschutz-Grundverordnung # Verbraucherschützer mit mehr Rechten

Fake-Impfschutz: Kündigung

Das Landesarbeitsgericht (LAG) Düsseldorf positioniert sich in seiner Rechtsprechung zu falschen Impfpässen: In zwei Entscheidungen machten die Richter deutlich, dass ein gefälschter Impfpass zur fristlosen Kündigung führen kann (Urteil beziehungsweise Beschluss vom 4.10.2022, Az. 8 Sa

326/22 beziehungsweise Az. 3 Sa 374/22). Die Richter betonten in ihrer Begründung, dass die Vorlage eines gefälschten Impfpasses einen wichtigen Grund gemäß § 626 Abs. 1 BGB zur fristlosen Kündigung des Arbeitsverhältnisses darstellt. Damit bestätigt das LAG die Ansicht einiger erstinstanzlicher Gerichte.

Falscher Impfausweis ist ein No Go: Die fristlose Kündigung droht.

DSGVO überfordert Firmen

Die europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) stößt auch im fünften Jahr ihres Inkrafttretens in der deutschen Wirtschaft weiterhin auf Kritik. In einer Umfrage im Auftrag des Digitalverbands Bitkom unter Unternehmen ab 20 Beschäftigten in Deutschland erklärten 78 Prozent der befragten Unternehmen, dass für sie weiterhin eine erhebliche Rechtsunsicherheit bezüglich der genauen Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung bestehe.

Die Sammelklage kommt

Wenn in Zukunft deutsche Unternehmen mit ihren Geschäftspraktiken Verbraucher schädigen, müssen sie mit einer Sammelklage rechnen. Damit soll es für Verbraucher möglich sein, in gleich gelagerten Fällen Sammelklageverfahren durchzuführen. Unter dem Namen „Abhilfeklage“ plant Bundesjustizminister Marco Buschmann in seinem Referentenentwurf die EU-Richtlinie 2020/1828 über Verbandsklagen in nationales Recht umzusetzen. Klageberechtigt sollen dann nur bestimmte zugelassene Verbraucherschutzverbände sein. Von Juni 2023 an sollen Verbraucherverbände Klagen einreichen können.

Frohe Weihnachten

Redaktion und Layout des BDD Dienstleisterjournal



möchten Ihnen an dieser Stelle ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr wünschen. Alles Gute für Sie, Ihre Teams, Ihre Kollegen und Ihre Familien – und bleiben Sie gesund!

Impressum

Herausgeber

Bundesverband der
Dienstleistungsunternehmen (BDD)
Am Weidendamm 1A, 10117 Berlin
Tel.: 030/726 250 23,
Fax: 030/726 250 19
E-Mail: info@bdd-online.de
www.bdd-online.de

Redaktion/Layout

Max Conzemius, Andrea Kurtz,
Elfriede Münk

Gestaltung und Umsetzung

BUNTEKUH Medien/LPV GmbH

Hülsebrockstr. 2-8, 48165 Münster
Tel.: 025 01/801 32 71

E-Mail: info@buntekuh-medien.de
www.buntekuh-medien.de

Mediadaten/Anzeigenpreise

www.bdd-online.de

Hinweis: Um die Lesefreundlichkeit zu verbessern, wird bei Personenbezeichnungen/-Hauptwörtern oft nur die männliche Form verwendet. Im Sinne der Gleichberechtigung gelten diese Begriffe für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform ist keine Wertung.



Osnabrück-Emsland Herrenteichstraße 4, 49074 Osnabrück,
Tel.: 0541/357 820, Fax: 0541/357 82 99, E-Mail: info@hdv-os-el.de

Arbeitskreis Personalleiter: Arbeitsrecht

Am 9. November hatte der Handels- und Dienstleistungsverband wieder einmal zum halbjährlich stattfindenden Arbeitskreis Personalleiter geladen.

Im Haus des Handels brachte Referent Christian Hageböke, Direktor des Arbeitsgerichts Verden, die Teilnehmer auf den neuesten Stand im Arbeitsrecht. Besondere Schwerpunkte waren dabei Anwendung und Umgang mit dem neuen Nachweisgesetz sowie der BAG-Beschluss zum Einsatz von Arbeitszeitsystemen.

Der anschauliche Vortrag von Richter Hageböke machte die Veranstaltung überaus kurzweilig und gab praktische Hinweise zur Umsetzung der

Neuerungen im Betriebsalltag. Rege Nachfragen aus dem Teilnehmerkreis unterstrichen die Aktualität des Vortrags und führten zu einem lebhaften und gewinnbringenden Austausch.

Der nächste Arbeitskreis Personalleiter findet im Frühjahr statt. Über den Termin werden wir Sie selbstverständlich frühzeitig informieren.

Richter Christian Hageböke: Die Regelungen zur Arbeitszeiterfassung im Blick.



Hessen Schlosserstraße 8, 35039 Marburg, Tel.: 06421/910070,
Fax: 06421/910079, E-Mail: hessen@bdd-online.de

Endlich wieder vor Ort treffen!

Im Oktober konnte die BDD-Mitgliederversammlung endlich wieder live in Marburg statt finden – mit einem Impulsvortrag zum Thema Digitalisierung .

Nach langer Zeit war wieder ein persönliches Treffen möglich und der BDD hat die Gelegenheit genutzt und seine jährliche Mitgliederversammlung live abgehalten.

Inhaltlich stark: Das Verbandsmitglied Starke + Reichert GmbH & Co. KG konnte für einen anschließenden Impulsvortrag über das Thema „**Dokumenten-Digitalisierung und deren Prozesse**“ gewonnen werden. Eike-Jan Doose, Vertriebsleiter von Starke + Reichert, veranschaulichte den Anwesenden in kurzweiliger und



Tipps aus der Praxis zur Digitalisierung von Dokumenten: Eike-Jan Doose referierte.

sehr informativer Form neben den Möglichkeiten auch die Historie und Einsparpotenziale der Digitalisierung. Nach diesen Ausführungen wurde im Loksuppen Marburg Fingerfood und Getränke zum BDD Aktiven Netzwerken gereicht.

Die nächsten Termine wie unter anderem das Sommerfest in Kassel/ Marburg stehen auf dem Plan, hier werden wir alle Mitglieder zeitnah einladen Details finden Sie auf unserer Internetseite unter: <http://www.bdd-hessen.de/unternehmertreffen.html>

Bargeldobergrenze: falsches Signal

Angesichts aktueller Diskussionen über ein Verbot von Zahlungen mit Bargeld über 10.000 Euro sprechen sich HDE und BDD gegen die Einführung einer allgemeinen Bargeldobergrenze aus. „Pauschal eine Zahlung mit Bargeld über 10.000 Euro zu verbieten, kommt einer weiteren Stigmatisierung des Bargeldes gleich und setzt ein falsches Zeichen“, so HDE-/BDD-Zahlungsverkehrsexperte Ulrich Binneböbel. Bargeld sei ohnehin auf dem Rückzug. Eine pauschale Obergrenze für Barzahlungen würde das Zahlungs-

mittel Bargeld pauschal kriminalisieren. HDE/BDD unterstützen den Ansatz zielführender Maßnahmen zur Verhinderung und Aufklärung von illegalen Aktivitäten vollumfänglich, insbesondere mit Blick auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. „Allerdings müssen Maßnahmen zielgerichtet etwa in betroffenen Branchen erfolgen und müssen vorab auf ihre Wirksamkeit überprüft werden“, so Binneböbel und betont: „Pauschale Verweise auf die Handhabung in anderen Ländern helfen nicht weiter.“ Zudem sehe das be-

stehende Geldwäschegesetz bereits heute umfangreiche Vorgaben vor, die dem Ziel der Geldwäscheprävention dienen. So müssten bei Barzahlungen über 10.000 Euro besondere Sorgfaltspflichten berücksichtigt werden. Hierzu zählt die Feststellung der Identität des Vertragspartners, die Einholung von Angaben über den wirtschaftlich Berechtigten und eine Meldepflicht bei Verdacht auf eine vorliegende Straftat. Der Einführung einer allgemeinen Bargeld-Obergrenze erteilten HDE und BDD eine Absage.

HDE-Konsumbarometer: leichte Erholung

Nachdem das Konsumbarometer des HDE bereits im vergangenen Monat eine leichte Erholung der Verbraucherstimmung in Deutschland zeigte, verbessert sich die Stimmung im Dezember weiter. Demnach legt der Index weiter zu, bleibt im Mehrjahresvergleich allerdings auf niedrigem Niveau. Im Weihnachtsgeschäft könnte die Aufwärtsbewegung für Impulse beim privaten Konsum sorgen. Die Anschaffungsneigung befindet sich zwar weiterhin auf einem niedrigen Niveau, doch sie steigt zum zweiten Mal in Folge an. Nahezu unverändert bleibt hin-

gegen die Sparneigung der Verbraucher, nachdem in den vergangenen Monaten ein leichter Trend zum Entsparen sichtbar war. Auch der Blick der Verbraucher auf die Konjunktur- und Einkommenserwartungen verbessert sich weiter. Nach der überraschend positiven Konjunkturentwicklung im dritten Quartal deuten die Prognosen darauf hin, dass der gesamtwirtschaftliche Einbruch nicht so stark ausfallen wird wie noch zuvor erwartet. Entsprechend zuversichtlicher blicken Verbraucher auf die Entwicklung des eigenen Einkommens.

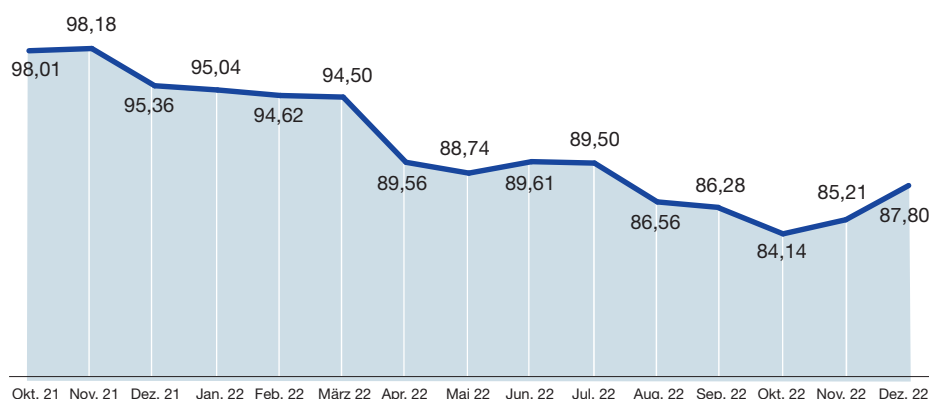
EU-Entwurf zu Überweisung in Echtzeit



Mit Blick auf den von der EU-Kommission vorgestellten Gesetzesentwurf zu Instant Payments bekräftigten HDE und BDD ihre Unterstützung für die Modernisierung des Zahlungssystems der EU. Der Entwurf der EU-Kommission sieht vor, dass europäische Banken in den kommenden Jahren Echtzeitzahlungen ohne zusätzliche Kosten für ihre Kunden anbieten müssen. HDE und BDD bewerten dies als wichtigen Beitrag zur Beschleunigung der Akzeptanz von Instant Payments in der Eurozone. Obwohl die sekundenschnelle Abwicklung mit dem SEPA Instant Payment Scheme technisch heute schon möglich sei, würde dies von den Banken nur unzureichend umgesetzt.

VERBRAUCHERSTIMMUNG ERHOLT SICH

Konsumbarometer Dezember 2022



Quelle HDE